

# SÜDWIND

## Für eine gerechte Weltwirtschaft!



INSTITUT FÜR ÖKONOMIE  
UND ÖKUMENE

Nahrungsmittelkrise  
Seite 2

Finanzmarktkrise  
Seite 2

Klimawandel  
Seite 3

Finanzierungsmöglichkeiten  
Seite 4

## Wer soll das bezahlen?

Liebe Leserinnen  
und Leser,



Auch Sie haben sich sicher in den letzten Monaten immer wieder gefragt, warum gerade wir Bürgerinnen und Bürger für die Kosten der Finanz- und Wirtschaftskrise aufkommen müssen. Und das nur, weil Banken und Finanzmarktakteure auf einem völlig deregulierten Markt spekuliert und hochriskante Produkte verkauft haben.

Eine große Zahl von Menschen weltweit und besonders die Armen in Entwicklungsländern waren dadurch auch von der Nahrungsmittelkrise betroffen. Durch Spekulationen auf Nahrungsmittel stiegen deren Preise im Jahr 2008 in astronomische Höhen. Mit einer Welle von Hungeraufständen trieb diese Krise Menschen in Peru, Haiti, Burkina Faso, Ägypten, Bangladesch, Indonesien oder Mexiko auf die Straßen.

Der fortschreitende Klimawandel ist aber die Krise, unter der die Menschen in den Entwicklungsländern mittel- und langfristig am meisten leiden werden. Das Ausmaß von Katastrophen ist in Entwicklungsländern viel gravierender als bei uns.

SÜDWIND hat im letzten Jahr die Auswirkungen der drei großen globalen Krisen unserer Zeit auf die Entwicklungsländer analysiert. Dabei haben wir deutlich gemacht: Alle drei Krisen treffen die Armen besonders stark, obwohl sie nicht zu deren Entstehen beigetragen haben. Wenn die Entwicklungsländer mit zusätzlichen Kosten zur Anpassung oder Abfederung solcher Krisen konfrontiert sind, brauchen sie auch neue Finanzierungsmöglichkeiten.

Wir zeigen Möglichkeiten auf, wie durch innovative Instrumente genügend Geld bereit stünde, um die Kosten der Krisen zu bezahlen. Dafür fordern wir ein neues Entwicklungsmodell, das den Mensch in den Mittelpunkt stellt, in dem die Finanzmärkte der Realwirtschaft dienen und die Wirtschaft den Menschen. Wir fordern auch den Mut der Politik, bereits diskutierte oder existierende Finanzierungsinstrumente umzusetzen oder auszuweiten.

M. Schaub

Martina Schaub, Geschäftsführerin



Mikrofinanzprojekt in Tansania, Foto: Christof Krackhardt

## Drei Krisen, eine Ursache

**K**limawandel, Nahrungsmittelkrise und Finanzmarktkrise – nahezu alle Länder sind davon betroffen, doch in den ärmsten Ländern sind die Auswirkungen am dramatischsten. Hier wurden und werden Entwicklungsfortschritte zunichte gemacht. Die drei globalen Krisen bedrohen damit die Lösung der weltweiten Armutsprobleme zusätzlich. Dabei ist es nicht einfach nur ein unglücklicher Zufall, dass wir gleich mit mehreren solcher umfassenden Krisen konfrontiert sind. Sie gehen letztlich alle auf unser gegenwärtiges Wohlstandsdenken und Entwicklungsmodell zurück, das ausschließlich auf ein permanentes wirtschaftliches Wachstum setzt und Wohlstand und Entwicklung mit der Anhäufung materieller Güter verwechselt.

Gerade im fossilen Zeitalter werden die Grenzen dieses Wachstums in Form

von Ressourcenknappheit, Überlastung des ökologischen Raums und Gefährdung der biologischen Vielfalt mehr als deutlich. Aber es kann nicht nur darum gehen, ein neues, ressourcenschonendes Wachstum zu propagieren. Das ganze Entwicklungsmodell gehört auf den Prüfstand. Was genau soll eigentlich wachsen? Die Produktion von Waren und Dienstleistungen oder der finanzielle Wohlstand (meist nur für einige wenige)? Oder die Qualität von Bildung, der Gesundheitsversorgung und der Arbeitsbedingungen weltweit?

### Wir müssen unser gegenwärtiges Wachstumsparadigma hinterfragen

Die Diskussionen um Lebensstile und die Qualität eines alternativen Wachstums haben im Zuge der Finanzmarktkrise neuen Aufwind erhalten. Doch heute ist es wieder still geworden um sol-

che Fragestellungen. Der „Aufschwung XXL“ mit all seinen Verlockungen nach (wirtschaftlichem) Wachstum, Jobs und hohen Renditen hat uns fest im Griff. Das zeigt, dass die größte globale Herausforderung vermutlich die ist, unser gegenwärtiges Wachstumsparadigma zu hinterfragen. Ein bedingungsloses materielles Wachstum – vor allem in den gesättigten Märkten bei uns – kann nicht unendlich fortgeschrieben werden. Auf dem Weg dorthin dürfen aber die unmittelbaren Finanzierungsfragen nicht auf der Strecke bleiben. Denn die Entwicklungsländer, die am wenigsten zum Entstehen der verschiedenen Krisenkonstellationen beigetragen haben, und die tatsächlich noch aus der Armut heraus „wachsen“ müssen, tragen schon heute einen Großteil der Kosten.

Die Diskussion um neue Finanzierungsmöglichkeiten kann nur ein allererster Schritt bei der Bewältigung der

globalen Krisen sein, aber ein wichtiger Schritt, der keinen Aufschub duldet. Zudem bietet auch die Diskussion um die Finanzierungsmöglichkeiten durchaus Raum, Antworten auf die Ursachen der gegenwärtigen Krisen einzubeziehen. Indem krisenverursachendes Verhalten mit Steuern oder Abgaben versehen wird, können gleichzeitig das Verhalten eingedämmt und notwendige Ressourcen zur Krisenbewältigung mobilisiert werden. Es sollte nicht einer weiteren Krise bedürfen, um den notwendigen politischen Willen aufzubringen, solche Instrumente endlich umzusetzen.



Irene Knoke,  
wissenschaftliche  
Mitarbeiterin,  
Südwind

## „Wir zahlen nicht für Eure Krise“

**N**icht erst seit den Treffen der großen Wirtschaftsmächte im Zuge der Finanz- und Wirtschaftskrise bringen Bürgerinnen und Bürger ihren Protest zum Ausdruck. Globalisierungskritische Bewegungen demonst-

„Eine andere Welt ist möglich“  
– Protest beim Weltsozialforum  
2006 in Bamako/Mali,  
Foto: Christof Pewesin

rieren seit Jahren für eine ökologische, soziale und gerechte Weltwirtschaftsordnung. Doch mit dem Treffen der zwanzig wichtigsten Industrie- und Schwellenländer (G-20) in London im Frühjahr 2009 formierte sich der breite bürgerliche Widerstand gegen das globale Wirtschaften und die Auswirkungen der internationalen Finanzkrise neu. In Berlin, Frankfurt und London gingen nach Angaben der Veranstalter und der Polizei Zehntausende Men-

schen unter dem Motto „Put People First“ auf die Straße, um die G-20 zum Einlenken in ihrer unverbindlichen Politik und den zaghaften Regulierungsversuchen zu bewegen. Auch die Proteste aus Frankreich oder Griechenland gegen Sozialkürzungen als Folge der schlechten Wirtschaftslage bleiben gut in Erinnerung. Es scheint kaum noch möglich, den Bürgerinnen und Bürgern zu vermitteln, warum Banken, die Hauptverursacher der globalen Krisen,

mit milliardenschweren Paketen gerettet werden, während die Bevölkerung Einschnitte im sozialen Sicherungssystem hinnehmen muss. Doch auch außerhalb Europas formieren sich Gewerkschaften und Nichtregierungsorganisationen und kritisieren lautstark die mangelnden Konsequenzen, die aus der Finanzkrise gezogen werden, deren Auswirkungen auch in den Entwicklungsländern noch viele Jahre zu spüren sein werden.



## +++ Nahrungsmittelpreise steigen +++ Naturkatastrophen nehmen zu

## Das macht SÜDWIND

## Spekulieren mit dem Brot der Welt

SÜDWIND verfolgt seit 1991 das Ziel einer wirtschaftlichen, sozialen und ökologischen Gerechtigkeit weltweit. SÜDWIND forscht, um ungerechte Strukturen aufzudecken, diese bewusst und öffentlich zu machen und damit zu verändern.

Wir sind davon überzeugt, dass weltweit viele Menschen unter den Auswirkungen der globalen Wirtschaftsweise leiden. Es gibt einen direkten Zusammenhang zwischen dem Reichtum einiger und der Armut vieler Menschen, vor allem in den sogenannten Entwicklungsländern. Oft sind es ungerechte politische oder wirtschaftliche Strukturen, die dafür verantwortlich sind.

SÜDWIND hat über viele Jahre das neoliberale Dogma von Liberalisierung, Deregulierung und Privatisierung in den Entwicklungsländern kritisiert. Die gegenwärtige globale Mehrfachkrise, Klimawandel, Ernährungsunsicherheit, Armut und Finanzmarktkrise, sehen wir auch als eine Folge dieses Dogmas. Seit Ausbruch der Finanzkrise haben wir uns intensiv mit den Folgen der Finanzkrise auf die Entwicklungsländer und den notwendigen Finanzmarktregulierungen aber auch mit den Auswirkungen der Nahrung beschäftigt.



Vera Schumacher,  
Referentin für  
Öffentlichkeitsarbeit  
und Fundraising,  
SÜDWIND

Freuen Sie sich über steigende Preise? Wer auf höhere Nahrungsmittelpreise spekuliert, dem winken dicke Gewinnchancen, verspricht die Deutsche Bank als die Nahrungsmittelkrise vor zwei Jahren 100 Millionen Menschen in den Hunger treibt.

Zu Beginn des Jahres 2000 nahm die verhängnisvolle Entwicklung ihren Anfang. Gelockerte Finanzmarktregeln machten es möglich. Finanzspekulanter entdeckten die Landwirtschaft als das El Dorado der Zukunft. Die von Banken aufgelegten Indexfonds im Agrarbereich entwickelten sich zur attraktiven Anlage, insbesondere für Pensionsfonds und Staatsfonds. Das Anlagevolumen stieg von 46 Mrd. US-Dollar im Jahr 2005 auf 250 Mrd. US-Dollar im Jahr 2008. Wer auf Indexfonds setzt, will von steigenden Agrar- bzw. Getreidepreisen profitieren. Auch Hedgefonds mischen kräftig mit. Mit dem Kauf von Getreide-Derivaten spekulieren auch sie auf steigende Preise.

Dies bleibt nicht ohne Folgen. Eine übertriebene Spekulation beeinflusst die Preisbildung auf den realen Weltgetreidemärkten. So geschehen im Jahr 2007/2008. Die Preise für Mais, Weizen und Reis explodierten, von Finanzspekulanten in die Höhe getrieben. Die rasant steigenden Preise für Lebensmittel haben von Asien über Afrika bis in die Karibik zu gewaltsamen Protesten geführt. Viele Menschen konnten sich Lebensmittel nicht mehr leisten. Millionen Menschen mussten hungern, weil



Sambia: Der zu früh eintretende Regen hat die Ernte eines gesamten Jahres zerstört. Foto: James Oatway/Oxfam

Finanzhaie auf steigende Preise und kurzfristige Profite setzten. Die Preiskrise zeigt, die Spekulation im Agrarbereich stellt ein Systemrisiko für die Versorgung der Weltbevölkerung mit Lebensmitteln dar.

Das ist nicht nur Schnee von gestern, wie die russische Weizenkrise in diesem Sommer zeigt. Denn mit dem

Klimawandel sinken die Ernteerträge. Marktunsicherheiten und Preisschwankungen nehmen zu. Dies ist Wasser auf die Mühlen der Finanzspekulanter. Pokern mit Getreide wird so immer häufiger Hochkonjunktur haben. Daraus folgt: Der Nahrungsmittelspekulation müssen enge Grenzen gesetzt werden. Finanzmarktreflexionen in der EU und

USA und der G-20-Prozess bieten dafür im Jahr 2011 eine einzigartige Chance.



Marita Wiggerthale,  
Agrarexpertin,  
Oxfam-Deutschland

## Die Finanzkrise führte in Entwicklungsländern zu Entlassungen und Hunger

Das finanzpolitische Erdbeben, das am 15. September 2008 mit dem Konkurs der Investmentbank Lehman Brothers in New York seinen Ursprung hatte, löste eine Schockwelle aus, die sich um den gesamten Globus ausbreitete. Bereits Ende Dezember schlossen in Afrika Kupferminen und um dieselbe Zeit meldeten die Exportindustrien Asiens Millionen von Entlassungen. Ob und wie stark diese Welle zu spüren war, hing jedoch sehr davon ab, wie eine Region in die Weltwirtschaft eingebunden war. Das Beispiel Ghana zeigt dies sehr deutlich. Die Hauptexportgüter des Landes sind Gold und Kakao. Während die Preise für andere Rohstoffe in kürzester Zeit um zweistellige Prozentzahlen sanken, blieben die Preise für diese beiden Güter weitgehend stabil und die Beschäf-

tigten in diesen Bereichen waren von der Krise nicht direkt betroffen. Im sehr armen Norden Ghanas sammeln Frauen aber auch Sheanüsse für den Export. Diese ölhaltigen Nüsse werden von der Kosmetikindustrie zu Crèmes verarbeitet. Aufgrund der Finanzkrise erhielten Exporteure dieser Waren im März 2009 keinen Kredit mehr für den Ankauf der Ware und die Bäuerinnen verloren damit eine wichtige Einkommensquelle.

Die Kreditkrise, die vor allem kleine und mittlere Unternehmen in Entwicklungsländern traf und der plötzliche Ausfall von Aufträgen für den Export stellten in vielen Ländern die Hauptansteckungswege dar, über die sich der Virus aus dem Norden in den Süden ausbreitete. Hierunter hatten neben den afrikanischen Ländern, die Industriemetalle wie Kupfer, Platin und Bau-



Wer spannt den Rettungsschirm für die Armen? Foto: Flat Earth/Fotosearch

xit fördern, besonders die Menschen zu leiden, die in den Exportindustrien Asiens arbeiteten. Allein aus China wurden 20 Mio. Entlassungen gemeldet. Da es in diesen Ländern keine nennenswerte Absicherung gegen Arbeitslosigkeit gibt, bedeuteten diese Entlassungen für viele Menschen bittere Armut. Sie mussten auf „Luxuslebensmittel“ wie Milch und frisches Obst verzichten und Mahlzeiten streichen. In Afrika kam es zudem zu Schulabbrüchen von schulpflichtigen Kindern, weil ihre Eltern das Schulgeld nicht mehr bezahlen konnten.

Die Talfahrt der Exporte und Rohstoffpreise kehrte sich zum Glück ab März 2009 wieder um und ab April wurden auch in den Exportindustrien Afrikas und Asiens wieder Menschen eingestellt, in den allermeisten Fällen

allerdings zu schlechteren Bedingungen.

Die ärmsten Länder und Bevölkerungsgruppen drohen insgesamt jedoch immer weiter von globalen Entwicklungsprozessen abgekoppelt zu werden. Während Millionen von Menschen im Süden mit Hunger für die Fehler westlicher Banken und ihrer Regulatoren bezahlen müssen, hat die Finanzkrise allerdings auch dazu beigetragen, dass Länder wie China und Brasilien, deren Banken aufgrund strenger Regulierung die Krise gut überstanden haben, an Bedeutung gewannen. Die Investoren wissen dies zu schätzen und das Kapital strömt nun wieder nach Brasilien, Indonesien und Südkorea, da man sich dort höhere Renditen erhofft. In diesen Ländern kennt man allerdings aus leidvoller Erfahrung die Gefahren des schnell ein- und ausfließenden Kapitals aus dem Epizentrum des Finanzbebens und stemmt sich gegen die Flut. So erhebt Brasilien bereits eine 4%-ige Steuer auf einfließendes Kapital. Es bleibt zu hoffen, dass der Norden diese Maßnahmen nicht nur als legitim akzeptiert, sondern ebenfalls wirksame Regulierungsmechanismen zum Schutz der Bevölkerung gegen die in den Finanzmärkten lauenden Gefahren entwickelt.

## Die Wirtschaft zieht wieder an, aber die Krise hinterlässt ihre Spuren

Für viele arme Menschen in den Entwicklungsländern ist die Wirtschaftskrise nur eine von vielen Krisen, die jedoch ihre ohnehin prekären Lebensumstände weiter verschlechtert hat. Durch den Rückgang der weltweiten Nachfrage an Konsumgütern wurden vor allem Menschen in arbeitsintensiven Exportsektoren entlassen. Dies traf viele Arbeitsmigrantinnen und -migranten innerhalb der Entwicklungsländer und damit auch deren meist auf dem

Land lebenden Familien, durch die sinkenden Rücküberweisungen.

Heute, zwei Jahre nach der Krise, oder besser gesagt: zwei Jahre mit der Krise, sind viele Länder auf dem Weg, sich von Massentlassungen und Exportrückgang zu erholen. Besonders in Südostasien wird wieder von hohen Wachstumsraten berichtet. Doch die nachhaltigen sozialen Folgen des vorangegangenen wirtschaftlichen Rückgangs werden kaum wahrgenommen. Benachteiligt sind die schon zuvor

marginalisierten Arbeiter der Exportindustrie, zumeist Frauen und Migrantinnen. Diese Menschen, auf deren Einkommen so viele weitere angewiesen sind, stehen nun unter großem Druck, wieder Arbeit zu finden. Dies erfolgt zumeist unter noch schlechteren Konditionen als zuvor, häufig innerhalb des informellen Sektors. Einhergehend mit den sich weiter verschlechternden Arbeitsbedingungen und sinkenden Haushaltseinkommen ist auch der Verlust von sozialen Sicherungssystemen.

Mittlerweile konnten sich zwar einige Entwicklungsländer wirtschaftlich etwas stabilisieren, sie gehen aber sozial geschwächt aus der Krise hervor und sind äußerst verwundbar gegenüber weiteren Krisen.



Emanuel Marin Gerth,  
MA-Student,  
Development  
Management,  
Ruhr-Universität  
Bochum



Antje Schneeweiss,  
wissenschaftliche  
Mitarbeiterin,  
SÜDWIND

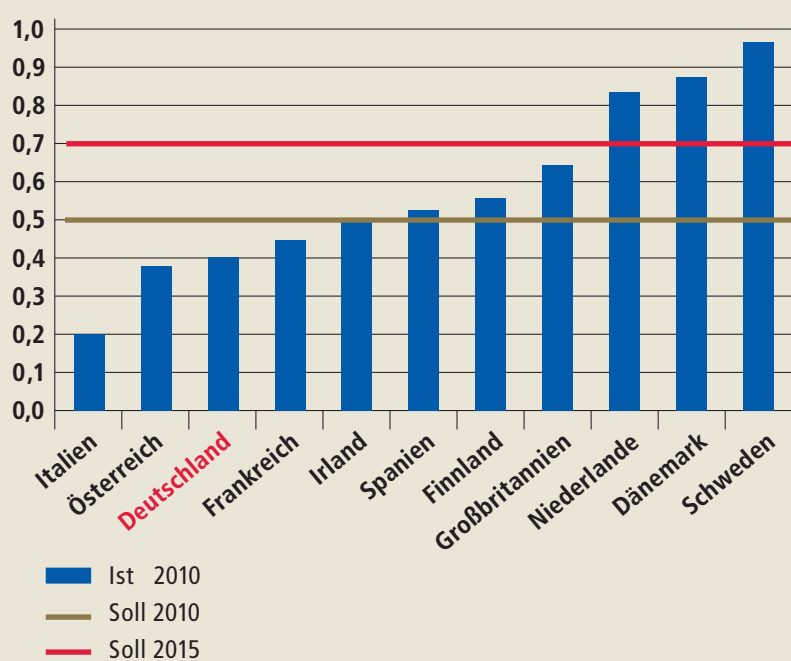
# men zu +++ Finanztransaktionssteuer kann Milliarden einbringen +++

## Klimawandel stellt neue Armutfallen auf



Wer wie diese Menschen in den Slums von Jakarta lebt, wird unmittelbar von Überschwemmungen getroffen, Foto: Flittner/Misereor

### Entwicklungshilfe in % vom Bruttonationaleinkommen (BNE)



Viele Länder werden das zugesagte 0,7 %-Ziel (Entwicklungshilfe) in absehbarer Zeit nicht erreichen

Quelle: Eigene Darstellung nach OECD/DAC Bericht 2010

Jahrhundert-Flut in Pakistan und Jahrhundert-Dürre im Amazonasgebiet. Wetterbedingte Naturkatastrophen haben im Zuge der globalen Erwärmung weltweit zugenommen. Allein in den letzten zwanzig Jahren haben sie sich verdreifacht. Die Katastrophen treffen auf Entwicklungsländer, in denen die Regierungen kaum Katastrophenvorsorge und Katastrophenhilfe leisten (können) und in denen die ärmeren Bevölkerungsschichten an besonders Erdbeben gefährdeten Hängen oder Flussufern leben. Neben diesen Katastrophenbildern geraten die schleichenden Veränderungen aus dem Blickfeld der Öffentlichkeit. Klimazonen verschieben sich und Regen- und Trockenzeiten verschwimmen. 80 % der landwirtschaftlichen Fläche wird aber nicht künstlich bewässert. Die Kleinbauern sind abhängig vom Regen zur richtigen Zeit. Sie können sich nicht durch Vorräte, Ersparnisse oder Versicherungen über die zunehmenden Ernteeinbrüche retten. Auch Menschen, die ihren Lebensstandard bereits verbessern konnten, tappen immer wieder in die neue Armutsfal-

le Klimakrise und müssen sich wieder mühsam aus dem Elend befreien – bis zur nächsten Katastrophe.

Selbst wenn die Menschheit von heute auf morgen aufhörte, fossile Energien zu nutzen und Wälder zu roden, würde sich die globale Durchschnittstemperatur weiter auf rund 1,3 °C gegenüber dem vorindustriellem Niveau erhöhen. Und eine Erwärmung auf 6 °C im Laufe des Jahrhunderts ist möglich. Die freiwilligen Zusagen der Industrie- und Schwellenländer zum Klimaschutz laufen darauf hinaus, dass sich die Erderwärmung auf mindestens 3,8°C beläuft. Dies würde unumkehrbare Veränderungen im Klimasystem bedeuten, und zum Beispiel zur Austrocknung des Amazonasgebietes führen, welche sich mit den Dürren von 2007 und 2010 schon anbahnt. Das Klima auf der Erde wandelt sich, seitdem sie besteht. Nie aber ging der Wandel so schnell von statten und nie gab es so viele Menschen auf dem Planeten. Und nie gab es so viele zerstörte Ökosysteme, wie etwa die Mangroven, die einen wirksamen Küstenschutz darstellen.

Daher müssen die Entwicklungsländer bei der Anpassung an den Klimawandel unterstützt werden. Die Industrienationen stehen als Hauptverursacher des Klimawandels und aufgrund ihres Wohlstands in dieser finanziellen Verantwortung. Gleichzeitig muss sichergestellt werden, dass die Anpassungsgelder tatsächlich den zugute kommen, die am meisten vom Klimawandel betroffen sind. Wichtige Ansatzpunkte bieten dabei traditionelle Techniken zu Reduktion von Risiken, die zum Teil auch verankert sind aber in den letzten Jahrzehnten mehr und mehr verloren gingen. Daher ist es von entscheidender Bedeutung, dass die Anpassungsmaßnahmen gemeinsam mit den Betroffenen geplant und umgesetzt werden, um den ohnehin schwierigen Weg für Millionen armer Menschen aus der Armut nicht zu blockieren. Die beste Vermeidung neuer Klimafallen ist jedoch ambitionierter Klimaschutz.



Anika Schröder, Referentin für Klimawandel und Entwicklung, Misereor

## Wir fordern...

- > Klimawandel engagiert bekämpfen!
- > Entwicklungsländer bei der Anpassung und dem Klimaschutz unterstützen!
- > Finanzmärkte stabilisieren!
- > Spekulation mit Nahrungsmitteln eindämmen!
- > Finanzierung sichern, um die Millenniums-Entwicklungsziele zu erreichen!
- > Zusagen zum 0,7 %-Ziel für die Entwicklungsfinanzierung einhalten!
- > Klimafinanzierung zusätzlich sichern!
- > Finanzierungsinstrumente wie die Finanztransaktionssteuer einführen!
- > Steueroasen schließen!

... damit arme Länder nicht für die Folgen der Krisen bezahlen müssen, die die reichen Industrienationen verursacht haben!

## Finanzierung Klimakrise

Schätzungen gehen davon aus, dass die Entwicklungsländer 75-80 % der Kosten des Klimawandels werden schultern müssen. Da aber gerade die ärmsten Länder kaum zum Klimawandel beigetragen haben, ist es eine Frage der Gerechtigkeit, dass sie diese Kosten nicht alleine tragen müssen. Genau genommen geht es bei der Debatte, wer wem wie viel zahlen muss, auch nicht um einen Akt der Barmherzigkeit, sondern um die Wiedergutmachung angerichteter Schäden. Es sollte daher von vornherein klar sein, dass Gelder, die zur Klimafinanzierung bereit gestellt werden, vor allem für die ärmsten Länder überwiegend als Zuschüsse zu vergeben sind. Diese Gelder müssen zusätzlich zur Entwicklungsfinanzierung bereit gestellt werden, wobei diese nach wie vor an dem Ziel festhalten muss, 0,7 % des Bruttonationaleinkommens der Industrienationen auszumachen.

Die Kostenschätzungen gehen weit auseinander, da sie unterschiedliche Referenzzeiträume, aber auch Berechnungsmethoden umfassen. Insgesamt umfassen sie die Maßnahmen für die Anpassung an den Klimawandel und für

Emissionsreduktionen, die – so ungerecht es klingen mag – schon sehr bald auch in den Entwicklungsländern durchgeführt werden müssen. Die 100 Mrd. US-Dollar, die bis 2020 zugesagt wurden, könnten diese Kosten nur annähernd decken. Hinzu kommt ein nicht unerhebliches Restrisiko, da mit den notwendigen Investitionen zwar die Auswirkungen des Klimawandels gelindert werden können, die Phänomene selbst lassen sich jedoch nicht verhindern. Dieses Restrisiko steigt, je weniger wir jetzt in den Klimaschutz und Anpassungsmaßnahmen investieren. Schon jetzt steht fest: Am Ende kommt es uns alle sehr viel teurer, nichts zu unternehmen.

Eine Abgabe oder Besteuerung von umweltschädlichem Ressourcenverbrauch könnte dabei Klimaschutz und Ressourcenmobilisierung miteinander verbinden. Dies könnte beispielsweise über einen ambitioniert gestalteten Emissionshandel gehen, der strikte Obergrenzen setzt, alle Wirtschaftsbereiche einbezieht und weite Teile der Zertifikate versteigert. Aber auch ein Umbau des nationalen Steuer-

systems, das umweltfreundliches Handeln belohnt und Umweltsünder stärker zur Kasse bittet, sowie der Abbau von entsprechenden Steuervergünstigungen könnten hier u.a. Teilbeiträge liefern.



Foto: Fotolia

## Die Krisenverursacher müssen zur Kasse gebeten werden! Eine ganze Reihe von Vorschlägen hierfür liegt bereits auf dem Tisch. Einige wenige davon sollen hier vorgestellt werden.

### Flugticketabgabe



Der Flugverkehr ist der umweltschädlichste Verkehrssektor. Dennoch wird er in Deutschland durch Steuervergünstigungen mit über 11 Mrd. Euro jährlich subventioniert.

Die Bundesregierung will nun eine Luftverkehrssteuer einführen. Rund 1 Mrd. Euro sollen jährlich zusammenkommen, mit denen die Bundesregierung den Haushalt stabilisieren will. Eine bessere Ausgestaltung kann die Erlöse sogar verdreifachen, muss dann aber für die Klimafinanzierung bereit gestellt werden. In Großbritannien und Frankreich gibt es bereits seit längerem eine Abgabe auf den Flugverkehr, die für die Entwicklungsfinanzierung eingesetzt wird. Eine wirkliche ökologische Lenkungswirkung, die auch Anreize für umweltschonendes Verhalten setzt, kann zudem durch eine Reduzierung der Subventionen, die Besteuerung des tatsächlichen Kerosinverbrauchs oder eine volle Einbeziehung in den Handel mit Emissionszertifikaten erreicht werden.

Mehr zum Thema: Forderungspapier der Nichtregierungsorganisationen ([www.foes.de/pdf/Forderungspapier\\_Luftverkehr.pdf](http://www.foes.de/pdf/Forderungspapier_Luftverkehr.pdf))

### Schließen von Steueroasen



Das Vermögen in den Steuer- und Verdunklungsstaaten dürfte sich auf rund ein Drittel des gesamten weltweiten Vermögens belaufen. Entwicklungsländern entgehen dadurch Schätzungen zufolge

rund 250 Mrd. US-Dollar an Steuern jährlich, welche allein von reichen Einzelpersonen nicht in ihren Heimatländern gezahlt werden. Mehr Transparenz und ein automatischer Austausch zwischen Steuerbehörden sind daher unabdingbare Voraussetzungen dafür, dass diese Gelder den nationalen Entwicklungsprozessen zugeführt werden können und damit nicht nur die armen Menschen die Steuerlast tragen.

Mehr zum Thema: Netzwerk Steuergerechtigkeit ([www.taxjustice.net](http://www.taxjustice.net))

### Finanztransaktionssteuer



Eine Finanztransaktionssteuer ist eine minimale Umsatzsteuer auf alle Finanztransaktionen. Seit der Finanzmarktkrise wird sie selbst von der Bundesregierung ernsthaft in Betracht gezogen.

Gegenwärtig wird ein Steuersatz zwischen 0,01 % und 0,05 % auf alle Transaktionen mit Währungen, Derivaten, Aktien und Rohstoffen diskutiert. Die Finanztransaktionssteuer vereinigt zwei wichtige Aspekte: Zum Einen kann dadurch der spekulative Handel mit Derivaten („Wetten“) eingedämmt werden. Das würde auch die Überreaktionen des Marktes und exzessive Preisschwankungen ausbremsen. Zum Zweiten können enorme Summen mobilisiert werden. Bei der weltweiten Einführung einer solchen Steuer in Höhe von 0,05 % könnten nach Angaben des Österreichischen Instituts für Wirtschaftsforschung beispielsweise rund 600 Mrd. US-Dollar generiert werden. 289 Mrd. US-Dollar entfielen dabei alleine auf Europa.

Mehr zum Thema: Kampagne „Steuer gegen Armut“ ([www.steuer-gegen-armut.de](http://www.steuer-gegen-armut.de))

### Nachhaltige Geldanlagen



Auch jede/r Einzelne hat die Möglichkeit, auf die Missstände im Finanzmarktsektor zu reagieren. Durch die Entziehung des eigenen Geldes und einem alternativen Umgang damit kann in ein nachhaltiges Finanzmanagement investiert werden.

Dies ist, anders als früher, weder kompliziert, noch mit Nachteilen verbunden. Banken arbeiten mit dem Geld der Bevölkerung. Wenn Menschen nun anfangen, ihr Geld in Banken anzulegen, die neben den finanziellen Zielen auch soziale, umweltpolitische und entwicklungsbezogene Ziele verfolgen, dann kann dem offenbar nicht lernfähigen Bankensektor die rote Karte gezeigt werden. Finanzgeschäfte mit einem sozialen und ökologischen Gewissen sind möglich. Eine Vielzahl alternativer Banken zeigen dies: oikocredit, Ethikbank, GLS-Bank, KD-Bank, Bank für Kirche und Caritas, Triodos Bank, Umweltbank.

## Das können Sie tun!

### Informieren Sie sich

- > Bestellen Sie die weiterführenden Studien „Wer soll das bezahlen. Klimakrise. Nahrungsmittelkrise. Finanzmarktkrise.“ „Wer spannt den Rettungsschirm für die Armen?“, „Entwicklungspolitische Kriterien im ethischen Investment“, „Die Armen tragen der Reichen Last“ und „Die Wirtschaft braucht neue Maßstäbe“.
- > Bestellen Sie das von SÜDWIND und PublikForum herausgegebene Buch „Geld und Gewissen“.

### Werden Sie aktiv

- > Legen Sie Ihr Geld sozialverantwortlich und nachhaltig an.
- > Unterstützen Sie die Kampagne „Steuer gegen Armut“. Mehr unter: <http://www.steuer-gegen-armut.org/>

### Unterstützen Sie die weitere Arbeit von SÜDWIND:

- > Mit einer Mitgliedschaft und/oder Spende unterstützen Sie SÜDWIND bei der Arbeit zu diesem und anderen Themen. Bankverbindung: Konto 99 88 77 bei der KD-Bank (BLZ: 35060190)
- > Informationen über unsere weiteren Aktivitäten in diesem Bereich finden Sie auf unserer Website [www.suedwind-institut.de](http://www.suedwind-institut.de) oder in unserem kostenlosen elektronischen Newsletter, den Sie über die Website abonnieren können.

## Interview

*Herr Acosta, voranschreitender Klimawandel, explodierende Nahrungsmittelpreise oder aus den Fugen geratene Finanzmärkte... ist es ein Zufall, dass gleich so viele Krisen auf einmal auf uns einstürzen?*

Unser gegenwärtiges Entwicklungsmodell basiert auf einer Vorstellung von Wachstum, das allein die Anhäufung materieller Güter umfasst. Das ewige Streben nach mehr Gütern oder einer höheren Rendite hat nicht nur die Finanzmärkte ins Wanken gebracht. Auf dem fossil betriebenen Wachstumspfad, auf dem wir uns befinden, gefährdet dieses Modell auch das globale Klima. Es hat zudem den „Extraktivismus“ befördert, wobei gerade die Abhängigkeit von Bodenschätzen für viele arme Länder eher ein Fluch als ein Segen ist. Unser Wirtschaften braucht neue ethische Grundlagen, die nicht nur das Kapital in den Mittelpunkt allen Geschehens rückt, sondern den Menschen und die Gesellschaft, sowie die Natur als Ganzes.

*In der neuen ecuadorianischen Verfassung wurde nicht nur den Naturrechten ein eigener Platz eingeräumt, sondern auch eine neue Form des zivilen Zusammenlebens festgeschrieben. Haben diese Neuerungen Vorbildcharakter?*

Die ecuadorianische Verfassung ist die einzige auf der Welt, die die Naturrechte festgeschrieben hat. In der Präambel wird die Natur, die Mutter Erde (Pacha Mama), geehrt, denn wir sind ein Teil von ihr und sie sichert unsere Existenz. In der Verfassung ist außerdem eine neue Form des bürgerlichen Zusammenlebens anvisiert, in all seiner Vielfalt und in Harmonie mit der Natur. So soll das indigene Prinzip vom „Guten Leben“, in Quechua „Sumak Kawsay“ umgesetzt werden. Es geht dabei nicht einfach nur um eine andere Art von Entwicklung. Der Vorschlag geht weiter: Er bezeichnet im Grunde eine völlig andere Art zivilisatorischen Zusammenlebens.

*Was macht „gutes Leben“ für Sie ganz persönlich aus?*

Das ist eine Herausforderung in mehrfacher Hinsicht. Zum Einen ist es eine ständige Verpflichtung, mein persönliches Leben so zu organisieren, dass ich die Harmonie mit mir selbst suche, mit meinen Mitmenschen und mit der Natur. Im Beruflichen ist es mein Engagement, dazu beizutragen, dass die Grundlagen des „Guten Lebens“ geschaffen werden; denn auch wenn der Begriff selbst aus der indigenen Gemeinschaft hervorgeht, so nährt er sich doch auch aus den wesentlichen Grundzügen des humanistischen Gedankengutes. In meiner politischen Arbeit ist es ein Aufruf, ohne Unterlass am Aufbau einer demokratischen Gesellschaft mitzuwirken.



Alberto Acosta ist Wirtschaftswissenschaftler und ehemaliger Vorsitzender der verfassungsgebenden Versammlung in Ecuador

*Ihre Regierung hat - auch auf Ihre Initiative hin - der internationalen Gemeinschaft den Vorschlag unterbreitet, Ölreserven in einem einzigartigen Naturschutzgebiet nicht zu fördern. Dafür soll das Land eine Ausgleichszahlung über die Hälfte der entgangenen Einnahmen erhalten. Gehört das Projekt auch zu dieser neuen Wohlstandsphilosophie?*

Die Initiative Yasuní ITT gehört in die Logik vom „Guten Leben“. Aber sie reicht weit über unsere Grenzen hinaus. Sie ist eine Gelegenheit, die gegenwärtige Logik zu überdenken. Sie öffnet die Tür für einen neuen globalen Umgang mit den öffentlichen globalen Gütern. Zudem verkörpert sie das Prinzip der gemeinsamen, aber differenzierten Verantwortung: alle Länder der Welt müssen Verantwortung für die globale Umwelt übernehmen, aber einige mehr als andere. Aus dieser Perspektive ändert sich das Verhältnis zwischen den sogenannten Industrienationen und Entwicklungsländern. Das geht sogar so weit, dass man den Anspruch einer ökologischen Schuld gegenüber dem Süden erheben kann. Außerdem schützt die Initiative die biologische Vielfalt in der Region und garantiert die Rechte der dort lebenden indigenen Völker.

Insgesamt zielt der Vorschlag darauf ab, den Weg hin zu einer post-fossilen Wirtschaft zu beschreiten und der Epoche fossiler Energie ein Ende zu bereiten. Er ist eine wirkungsvolle Antwort auf die Erderwärmung und den Klimawandel. Es ist eine Chance, eine Denkweise zu schaffen, die nicht den Menschen in den Mittelpunkt allen Geschehens rückt, sondern die Natur als Ganzes. Vor diesem Hintergrund ist es völlig unverstänlich und ein enormer Rückschlag, dass der Entwicklungshilfeminister Dirk Niebel die so gut wie beschlossene Unterstützung Deutschlands vorerst zurückgezogen hat.

*Das Interview führte Dr. Pedro Morazán, wissenschaftlicher Mitarbeiter, SÜDWIND*

### Bitte schicken Sie mir:

- Irene Knoke: „Wer soll das bezahlen? Klimakrise. Nahrungsmittelkrise. Finanzmarktkrise.“, Siegburg 2010.
- Antje Schneeweiß: „Wer spannt den Rettungsschirm für die Armen? Die Ursachen der Finanzmarktkrise im Norden und ihre Auswirkungen auf Entwicklungs- und Schwellenländer.“, Siegburg 2010.
- SÜDWIND/Brot für die Welt (Hrsg.): „Entwicklungspolitische Kriterien im ethischen Investment. Geldanlagen entwicklungspolitisch und nachhaltig wirksam machen.“, Stuttgart 2010.
- Irene Knoke: „Die Armen tragen der Reichen Last? Auswirkungen des Klimawandels auf die Entwicklungsländer.“, Siegburg 2009.
- Friedel Hütz-Adams: „Die Wirtschaft braucht neue Maßstäbe. Plädoyer für eine Neuorientierung“, Siegburg 2010.
- Wolfgang Kessler und Antje Schneeweiß: „Geld und Gewissen. Was wir gegen den Crash tun können.“, Oberursel 2010.
- Jahresbericht 2009
- Informationen über eine Mitgliedschaft bei SÜDWIND
- Bitte setzen Sie mich auf den Verteiler für den vier Mal jährlich erscheinenden Newsletter.

Meine E-Mail-Adresse:

### Schicken Sie das Material an folgende Adresse:

Name, Vorname

Ggf. Institution

Straße, Haus-Nr.

PLZ, Ort

Datum, Unterschrift

Südwind e.V. Tel.: +49 (0) 22 41-53 617 Bankverbindung:  
Lindenstraße 58-60 Fax: +49 (0) 22 41-51 308 KD-Bank  
D-53721 Siegburg info@suedwind-institut.de Konto 99 88 77  
www.suedwind-institut.de BLZ 350 601 90



### Impressum

Herausgeber:  
SÜDWIND-Institut  
Lindenstraße 58-60  
53721 Siegburg  
Tel.: +49 (0)2241-53617  
Fax: +49 (0)2241-51308  
info@suedwind-institut.de  
www.suedwind-institut.de

Gedruckt auf Recycling-Papier.  
Gefördert von InWEnt aus Mitteln des BMZ.  
Diese Publikation wurde vom Evangelischen Entwicklungsdienst (EED) gefördert.

Dezember 2010  
Auflage: 95.000

AutorIn/Mitarbeit:  
Emanuel Marin Gerth, Irene Knoke,  
Martina Schaub Antje Schneeweiß,  
Anika Schröder, Vera Schumacher,  
Marita Wiggerthale,

Redaktion:  
Emanuel Marin Gerth,  
Vera Schumacher

V.i.S.d.P.:  
Martina Schaub

Gestaltung und Satz:  
www.pinger-eden.de

Druck und Verarbeitung:  
Caro-Druck, Frankfurt